

endgültigen Zerreißung unserer deutschen Heimat zu beseitigen und dem deutschen Volk den Weg zum Friedensvertrag und zur nationalen Wiedervereinigung, den Weg zu einer glücklichen Zukunft in der Gemeinschaft friedliebender Völker zu ebnen.“

3. 2.1954

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu der Berliner Auenministerkonferenz, in der gefordert wird,

„... die Entscheidung über diese Frage (Kriegsvertrge von Bonn und Paris — d. Hrsg.) in die Hände derjenigen zu legen, die unter diesen Verträgen leben sollen, in die Hände des deutschen Volkes. Wir schlagen also vor, unverzüglich eine demokratische Volksabstimmung in ganz Deutschland unter völliger Gleichheit und Freiheit in beiden Teilen Deutschlands durchzuführen.“

3. 2.1954

Entschließung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik zur Deutschlandfrage: Vorschlag einer Volksabstimmung in ganz Deutschland über die Kriegsvertrge von Bonn und Paris.

Die Kriegsvertrge verfolgen das Ziel,

„Westdeutschland wieder ‚wehrmchtig‘ zu machen und es an den aggressiven Nordatlantik-Kriegspakt zu ketten. Dieses Schicksal ist auf dem Wege über ‚freie Wahlen‘ ganz Deutschland zgedacht. Auf diesem Wege kann aber niemals eine friedliche Lösung der deutschen Frage erreicht werden.“

11.2. 1954

Erklärung des Präsidiums des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik zu dem sowjetischen Vorschlag „ber die Gewährleistung der Sicherheit in Europa“ und zu dem auf der Berliner Konferenz unterbreiteten Entwurf eines „Gesamteuropischen Vertrages über die kollektive Sicherheit in Europa“:

„Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erklärt in voller Übereinstimmung mit den wahren nationalen Interessen des deutschen Volkes ihre Bereitwilligkeit, an einem solchen System der kollektiven Sicherheit in Europa mitzuwirken. Sie erwartet von allen friedliebenden Deutschen im Osten und im Westen unseres Vaterlandes, daß sie